

Montag, 15. Dezember 2008 - Eine andere Information ist möglich!

SOZIALES

Österreich: Spendenabsetzbarkeit - die unendliche Geschichte

Wien (15.12.08): Morgen soll der Spendengipfel stattfinden. Hauptagenda ist die Einführung der Spendenabsetzbarkeit in Österreich. Mit allen nur denkbaren Manövern versuchen die Parteien - bis auf die Grünen - dies zu verhindern. Umwelt-NGOs sind dezidiert ausgeladen worden.

Es ist ein Trauerspiel, was sich rund um die Frage der Spendenabsetzbarkeit abspielt. Nun möchte man die Koalition der Verlierer (SPÖ und ÖVP) die Spendenabsetzbarkeit nur auf jene Organisationen beschränken, die sich um arme InländerInnen kümmern. Das ist einfach amtlicher Rassismus. Nicht, dass es falsch wäre, sich um arme InländerInnen zu kümmern - eine Aufgabe, bei der der Staat regelmäßig jämmerlich versagt, obwohl es einer seiner Hauptaufgaben darstellt und hier NGOs als verlängerte Werkbanken des Staates missbraucht werden -, sondern es wird einfach der Gleichheitsgrundsatz verletzt und eine Mißachtung von Umweltthemen bis hin zu Menschenrechtsfragen zum Ausdruck gebracht.

Keine Illusionen darf man sich machen, was die Regierung will, so wurden die Umwelt-NGOs zum Spendengipfel erst gar nicht eingeladen.

„Hilfe für Menschen in Österreich darf nicht gegen Auslandshilfe, Engagement für Umweltschutz oder Menschenrechte ausgespielt werden“, warnt Franz Neunteufl, Obmann der Interessensvertretung Österreichischer Gemeinnütziger Vereine (IOGV), im Hauptberuf Geschäftsführer von Ärzten ohne Grenzen Österreich.

Durch die internationale Finanzkrise werde der Bedarf an Hilfe weltweit stark ansteigen, so Neunteufl weiter: „Die steuerliche Erleichterung der Hilfe auf Projekte in Österreich zu beschränken, wäre ein beispielloser Akt der Entsolidarisierung mit den Menschen, die in den Krisengebieten der Welt ums Überleben kämpfen. Die Unterscheidung zwischen Not im Inland und Not im Ausland ist mit humanitären Prinzipien nicht zu vereinbaren. Will die Regierung wirklich jene Österreicher und Österreicherinnen steuerlich benachteiligen, die mit ihrer Spende den Cholerapatienten in Simbabwe, den Zyklon-Opfern in Myanmar oder mangelernährten Kindern in Äthiopien helfen?“

Auch für SOS-Kinderdorf Geschäftsführer Christian Moser ist es undenkbar und auch unverantwortlich, dass Hilfe für ein Kind in Nepal weniger wert ist als Hilfe für ein Kind in Österreich. Gerade im Bemühen um ein Annähern und Erreichen der 0,7 Prozent Marke in der Entwicklungszusammenarbeit wäre ein Beschränken der steuerlichen Absetzbarkeit auf die Inlandshilfe ein völlig falsches Signal und kontraproduktiv“, so Moser. „Österreich hat als drittreichstes Land der EU hier eine besondere Verantwortung.“

Scharfe Kritik äußert auch Heinz Patzelt, Generalsekretär von Amnesty International: „Almosen für die Armen als isolierte Maßnahme sind ein spektakulär gescheitertes Konzept des 19. Jahrhunderts. Die Veränderung der politischen und staatlichen Strukturen, die Armut verursachen, muss erfolgreich durchgesetzt werden. Armut ist eine schwere Menschenrechtsverletzung, die nur durch die Sicherung der Menschenrechte auf Nahrung, Gesundheit, Unterkunft, Bildung und nachhaltigen Ressourcenumgang beendet werden kann.“

Vier Pfoten begrüßt die Absicht der Österreichischen Bundesregierung die steuerliche Absetzbarkeit für Spenden einzuführen, lehnt aber die kolportierte Ausgrenzung von einzelnen Teilen der Zivilgesellschaft vehement ab. Mit dieser in Europa einzigartigen Regelung würde neben Menschenrechts- und Umweltschutz-NGOs auch der Tierschutz in Österreich massiv benachteiligt. Die österreichischen Tierschutzorganisationen übernehmen jedoch seit Jahrzehnten wichtige Aufgaben für das Gemeinwohl. Spender, die diese Arbeit unterstützen, dürfen nicht benachteiligt werden, so die Tierschutz-NGO Vier Pfoten.

Und Gerhard Heilingbrunner vom Umweltdachverband meint pointiert, 100 Milliarden für Banken seien da, aber 2 Millionen für Umwelt-NGOs nicht; so viel würde die Spendenabsetzbarkeit dem österreichischen Staat kosten:

"Der Ausschluss der Umweltschutzorganisationen ist sachlich nicht gerechtfertigt und damit verfassungsrechtlich bedenklich und widerspricht dem Prinzip der Steuergerechtigkeit. Die geplante Ausgrenzung wäre ein Schlag ins Gesicht jener Menschen, die sich aktiv und ehrenamtlich, oder über Spenden für eine lebenswerte Zukunft einsetzen. Wenn für ein Bankenpaket insgesamt 100 Mrd. Euro bereitgestellt werden können, müssen auch die geschätzten 2 Mio. Euro pro Jahr - soviel würde die steuerliche Absetzbarkeit für Spenden an Umweltschutzorganisationen kosten - zum Wohle der Umwelt drinnen sein", so Heilingbrunner.

Vielleicht sollte man sich auch den Kuschelkurs gegenüber der österreichischen Politik ändern: Transparentaktion bei der ORF-Spendengala "Licht im Dunkeln" wäre eine gute Idee oder Politiker werden nicht mehr eingeladen zu Podiumsdiskussionen bis hin zu Schirmherrschaften. Ideen gibt es da sicher genug.

Und wer es nicht glauben will, dass alle Parteien die Einführung der Spendenabsetzbarkeit versprochen haben, der kann sich selber überzeugen >> de.youtube.com/watch